

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer in dieser Zeit über Finanzen und öffentliche Haushalte spricht, kommt am Thema „Schulden“ nicht vorbei. Jahrzehntlang wurden sie hingenommen wie ein Naturereignis und kräftig vermehrt, immer in der Hoffnung, dass schon bessere Zeiten kommen mögen, in denen man dann tilgen kann. Inzwischen ist uns allen diese Perspektive abhanden gekommen. Die Verschuldung und Überschuldung ganzer Länder wird, so ist es beinah täglich zu lesen und zu hören, zu einer Bedrohung für die Stabilität der Volkswirtschaften. Inflation, Deflation, Rezession sind Begriffe, die vielen Angst machen. Wir müssen erkennen, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben. Der Pleitegeier schwebt sozusagen über uns allen. So geht es nicht weiter, hört man in diesen Tagen überall.

Aber ist das die ganze Wahrheit? Wurden nicht auch Werte und Wohlstand geschaffen, wenn auch für den Preis der Verschuldung? Diese Diskussion wird häufig ideologisch, manchmal philosophisch geführt. Dabei gibt es zwei Gegensätze, die uns durchaus auch im Alltag begegnen. Die eine Theorie besagt, dass die Verschuldung eine egalitäre Wohlstandsmaschine sei, die den Wohlstand umverteile und verschiedene Gruppen bediene. Diesem Ansatz liegt der Wachstumsgedanke zugrunde, denn Wachstum, so die Idee, macht die Menschen über den Konsum glücklich und werde daher zu Recht über Schulden finanziert. Einer der „Wirtschaftsweisen“, Prof. Bofinger, sagt daher auch, solange sich der Schuldenstand an der Wirtschaftskraft orientiere und der Staat die Zinsen zahlen kann, sei Verschuldung kein Problem.

Auf der anderen Seite nimmt die Erkenntnis zu, dass die Tilgung der Schulden des Staates oder der Kommune von den nachfolgenden Generationen bezahlt werden muss. Die Idee, Wachstum über Schulden zu erzeugen, ist zweifellos nicht nachhaltig. Stattdessen, so eine andere Theorie, sei es richtig, ein Leben in Wohlstand zu verfolgen, das nicht die Umwelt belastet und die Balance zwischen Arbeit und Privatleben wiederherstellt, also Stagnation statt Wachstum.

Das alles mag Ihnen für eine Haushaltsrede im Rat der Stadt Wunstorf zu theoretisch erscheinen, dennoch ist das ein Zwiespalt, in dem auch wir uns befinden. Anders als der Staat hat die Kommune keine Steuerungsmöglichkeiten, Wirtschaft und Gesellschaft in die eine oder die andere Richtung zu lenken. Sollte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter ansteigen, das ist uns allen klar, lassen Zinsen und Tilgung in der Zukunft für die, die nach uns kommen, keinen Gestaltungsspielraum mehr und vor allem keine andere Perspektive als die, Schulden zurückzuzahlen. Dem gegenüber stehen Ansprüche und Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Schulen und anderen Einrichtungen, die wir alle gern erfüllen wollen und Projekte, die unsere Stadt attraktiv und lebenswert machen. Dies wird immer mehr zu einem Widerspruch und es ist unsere Aufgabe, diesen Widerspruch aufzulösen, den Dialog mit den Bürgern zu führen und die Fragen, wie wir uns als Stadt weiterentwickeln wollen, zu beantworten. Dabei gilt es auch, einer Mentalität entgegenzuwirken, die sich mit dem Werbeslogan einer Bank treffend ausdrücken lässt: „Unterm Strich zähl ich“. Wir beobachten eine zunehmend fordernde Anspruchshaltung, die sicher auch durch die Politik lange befördert wurde. Das Gemeinwohl tritt dabei immer mehr in den Hintergrund. Lassen Sie uns gemeinsam debattieren, was in Zukunft wirklich wichtig ist und was wir uns leisten können, ohne die nachfolgenden Generationen zu belasten.

Der Verwaltungsausschuss hat daher eine „Strategiekommission“ eingesetzt, die im Laufe des Jahres diskutieren wird, welchen Weg wir mittel- und langfristig gehen wollen. Es spricht für die politische Kultur in Wunstorf, dass wir diese Diskussion fraktionsübergreifend führen wollen. Wir wollen die Frage nach den zukünftigen Zielen der Haushaltspolitik nicht nur intern, sondern offensiv mit den Wunstorferinnen und Wunstorfern erörtern. Diese Debatte muss eine öffentliche Debatte sein. SPD und Grüne werden Vorschläge vorlegen, wie wir die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in diesem und in anderen Bereichen stärken können.

Die Gruppe SPD/Grüne hat für das Haushaltsjahr 2012 eine Frage schon beantwortet: Wir wollen die Neuverschuldung senken und Rücklagen für notwendige Investitionen schaffen. Durch die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 Prozentpunkte und eine insgesamt verbesserte Einnahmesituation sind wir in der Lage, die Rücklage um 266.000 Euro aufzustocken und die Nettoneuverschuldung von 4,2 Millionen auf 900.000 zu drücken. Eine Steuererhöhung fällt niemandem leicht und wir haben uns daher zuvor intensiv mit Einsparungsmöglichkeiten auseinandergesetzt und die geplanten Investitionen diskutiert. Allerdings sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Investitionen notwendig sind und die richtigen Weichen stellen für die Zukunft unserer Stadt.

Schwerpunkte dieser Investitionen sind die Schulen, darunter zu einem großen Teil die notwendige Sanierung des Aue-Schulzentrums und die Schaffung des für eine IGS erforderlichen Raumprogramms, die Schaffung von Krippenplätzen, die eine große Kraftanstrengung erfordert, und die Sanierung der Kanalisation, die nicht verschoben werden kann.

Darüber hinaus werden wir aber auch erhebliche Mittel für die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen und der damit einhergehenden Infrastruktur aufwenden müssen, die durch den Verkauf von Flächen erst mittelfristig refinanziert werden können. Wir halten es daher auch aus diesem Grund für vertretbar, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf das Niveau des Grundsteuerhebesatzes zu erhöhen. Auch für die Betriebe wird sich im Übrigen auszahlen, dass wir in Bildung und Kinderbetreuung investieren.

Entscheidend für die kommenden Jahre ist unseres Erachtens die Schaffung von guten Arbeitsplätzen. Wir werden daher die weitere Ausweisung von Gewerbegebieten, die Planungen für einen Gleisanschluss und den Hafenausbau vorantreiben. Dabei werden wir darauf achten, die Anforderungen der Betriebe und die Anforderungen, die Umwelt- und Naturschutz an uns stellen, miteinander zu vereinbaren.

Die Schaffung von Krippenplätzen wird weitere Anforderungen wie verlässliche Ferienbetreuung und Hortplätze nach sich ziehen. So wünschenswert und richtig es wäre, vorschulische Bildung kostenfrei zu machen: Solange die Bildung nicht in einer Zuständigkeit – und zwar der des Bundes - liegt, ist es eine Illusion zu glauben, dass Kommunen dauerhaft diesen Bereich vollständig finanzieren können. Viele der Kommunen, die kostenfreie Kitaplätze eingeführt haben, müssen diese Entscheidung inzwischen revidieren. Wir werden uns in diesem Jahr mit der Gebührenstruktur und -höhe der Kinderbetreuungseinrichtungen beschäftigen und diskutieren, wo wir Angebote verbessern und ergänzen müssen, damit sie auch wirklich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, und wie eine gerechte Verteilung der Kosten aussieht.

Ich habe mir zwar vorgenommen, in diesem Jahr nicht die Landes- und Bundesregierung für ihre kommunalfeindliche Politik zu kritisieren, eine Ausnahme will ich aber machen: Ich finde es empörend, dass die Kommunen Kredite aufnehmen müssen, um Krippen zu bauen und der Bund dann in Gestalt des Betreuungsgeldes bis zu fünf Milliarden Euro nur dafür ausgibt, dass diese Plätze dann nicht in Anspruch genommen werden.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns in diesem Jahr intensiv beschäftigen werden, ist die Entwicklung unserer Schullandschaft. Grundlage für diese Auseinandersetzung wird die Entwicklung der Schülerzahlen sein, aber auch die Frage, was pädagogisch sinnvolle Lösungen sind. Selbstverständlich wird die Frage der Finanzierbarkeit von schulischen Angeboten dabei eine Rolle spielen müssen.

Klimaschutz wird ein weiterer Schwerpunkt für die nächsten Jahre sein. In Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur erhoffen wir uns Vorschläge für sinnvolle und finanzierbare Maßnahmen, die die Bemühungen für mehr Klimaschutz wirklich voranbringen.

Anders als im September 2011, als der Bürgermeister den Entwurf eingebracht hat, ist der Haushalt, der ein Gesamtvolumen von 71 Millionen Euro im Ergebnishaushalt hat, in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen. Nach den Beratungen im Finanzausschuss und durch die Beschlüsse der SPD/Grünen-Gruppe hat sich hier gegenüber dem Entwurf eine Verbesserung in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro ergeben. Die Liquidität im Finanzhaushalt ist gesichert und der Kreditbedarf konnte reduziert werden, wie schon 2011.

Erwähnen möchte ich die Zurückhaltung, die die meisten Ortsräte auch in diesem Jahr hinsichtlich größerer Investitionen geübt haben. Das ist keineswegs selbstverständlich und spricht für Verantwortung und Augenmaß bei den Kolleginnen und Kollegen in den Ortsräten.

Wir haben wenige Änderungen am Haushalt vorgenommen, was für die gute Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung spricht – wir sind uns einig über die Schwerpunkte der Investitionen in den nächsten Jahren. Einig waren wir uns auch innerhalb der neu gebildeten Mehrheitsgruppe SPD/Grüne, das möchte ich ausdrücklich betonen. Nachdem die SPD-Fraktion zehn Jahre lang gut und verantwortungsvoll mit der FDP zusammengearbeitet hat, werden wir unsere solide Haushaltspolitik mit der Fraktion Bündnis 90/Grüne ebenso verantwortungsvoll weiterführen. Das Schreckensszenario Rot-Grün, das manch einer heraufbeschwören wollte, fällt aus.

Die CDU-Fraktion wiederum wusste bis zum Schluss nicht so recht, was sie denn nun mit dem Haushalt anfangen soll. Diese Ratlosigkeit wollte man durchaus öffentlich machen und so wurde dann verkündet, dass der Rat ohnehin durch den Haushalt nicht so richtig durchsteige – ist ja auch kompliziert – und dass die Verwaltung das viel besser könne. Daher soll doch die Verwaltung einfach die notwendigen Einsparungen vornehmen. Von ominösen Reserven war da die Rede und dass da sicher noch Luft sei, man wisse nur nicht, wo. Es müsse dringend gespart werden, am besten sei dazu die Rasenmähermethode geeignet. So hat die CDU dann auch in zwei Finanzausschusssitzungen keinerlei materielle Vorschläge oder Anträge zum Haushalt eingebracht und damit auf das wichtigste Recht des Rates, das Haushaltsrecht, verzichtet. Stattdessen wird suggeriert, Bürgermeister und Verwaltung hielten Haushaltsmittel zurück, die in irgendwelche undurchschaubaren Haushaltspositionen versteckt würden.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Wenn man sich die Haushaltsausgabereste ansieht, wird man feststellen, dass die sich in überschaubaren Größenordnungen bewegen und jede einzelne Position begründet werden kann. Zudem sind Haushaltsmittel seit Einführung der Doppik übertragbar, so dass gar kein Anreiz besteht, zum Ende eines Haushaltsjahres nochmal ordentlich Geld auszugeben.

Wir vertrauen dem Bürgermeister und der Verwaltung und sind sicher, dass sorgsam und sparsam mit den vorhandenen Haushaltsmitteln umgegangen wird und dass bereits zur Entwurfsaufstellung da gespart wurde, wo es nötig und möglich ist. Die CDU hat schlicht nicht den Mut aufgebracht, konkrete Sparvorschläge zu machen und wollte sich offenbar auch nicht ernsthaft mit dem Haushalt beschäftigen. Ihre Sparappelle werden dadurch unglaubwürdig, zumal die CDU im Kommunalwahlkampf noch teure Wahlversprechen wie „Kreisel statt Ampeln“, ein Parkdeck auf dem Nordwall oder eine überdachte Skateranlage gemacht hat. Davon ist nun keine Rede mehr. Stattdessen Mut- und Konzeptlosigkeit.

Nun ist es aber nicht nur unser Recht, den Haushalt zu gestalten, es ist auch unsere Pflicht. Genau dafür sind wir im September 2011 gewählt worden. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns legitimiert, zu entscheiden, welche Maßnahmen und Projekte wir für vorrangig oder für verzichtbar halten. Vor diesen Entscheidungen kann man sich nicht drücken.

„Mit Mut die dunklen Wolken vertreiben“ hat Bürgermeister Eberhardt seine Rede zur Einbringung des Haushalts überschrieben.

Die Gruppe SPD/Grüne wird diesen Mut aufbringen und gemeinsam mit dem Bürgermeister, der Verwaltung und allen Kolleginnen und Kollegen im Rat und in den Ortsräten, die daran mitwirken wollen, die Zukunft unserer Stadt gestalten, auch dann, wenn es schwierig wird. Wir werden uns konstruktiv und mit der nötigen Ernsthaftigkeit den Herausforderungen stellen, die die nächsten Jahre mit sich bringen werden.

Es bleibt, mich zu bedanken bei meiner Fraktion und der Fraktion der Grünen für die disziplinierten Haushaltsberatungen, bei Bürgermeister Eberhardt für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, bei Frau Baciulis, Herrn Saars und Frau Heere-Streibl für die kompetente Unterstützung und bei allen Referatsleitern und ihren Teams für ihre geleistete Arbeit.

Vielen Dank.